

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5355

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5355



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

SGB-MIGRATIONS-KONFERENZ 2025

Resolution der SGB-Migrationskonferenz 2025

Für eine gerechte und solidarische Gesellschaft – gegen Abschottung und Nationalismus

Als Gewerkschaftsmitglieder sind wir heute zur Migrationskonferenz des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes SGB versammelt. Wir sagen hier nochmals klar und deutlich, dass wir das ideologische Gesellschaftsbild ablehnen, das hinter SVP-Initiativen wie «Keine 10-Millionen-Schweiz» steht. Lassen wir uns nicht von der pseudo-ökologischen Verpackung täuschen, sie ist ein direkter Angriff auf die Rechte von uns Arbeitnehmer:innen, sie richtet sich gegen Solidarität und Menschenwürde.

Gegen Beschäftigte – nicht gegen Bevölkerungswachstum

Diese Initiative bietet keine Lösungen für wirkliche Herausforderungen wie Wohnungsnot, Verkehr oder Umweltbelastung. Stattdessen werden Migrant:innen zu Sündenböcken gemacht, mit dem Ziel, das System sozialer Sicherung abzubauen, die Arbeitnehmenden zu prekarisieren, zu spalten und zu entmachten. Wir lehnen jede Spaltung ab, die einzelne Gruppen von uns Arbeitnehmenden diskriminiert, und insbesondere das damit angestrebte Sozialdumping.

Bedrohung von Lohnschutz und Personenfreizügigkeit

Die Initiative gefährdet insbesondere die flankierenden Massnahmen zur EU-Personenfreizügigkeit, die faire Arbeitsbedingungen und Lohnschutz gewährleisten. Sie greift die Rechte ausländischer Arbeitnehmer:innen an und untergräbt dadurch den sozialen Zusammenhalt. Ein solcher Abbau von Rechten würde die Rechte von uns allen infragestellen und eine umfassende Prekarisierung fördern, die nur im Interesse wirtschaftlicher Eliten ist.

Als Gewerkschaften gemeinsam gegen rechte Hetze und neoliberalen Kapitalismus

Weltweit formiert sich aktuell eine gefährliche Allianz aus rechten Extremisten und Milliardären. Aus Gründen der Profitmaximierung will diese Allianz die sozialen Rechte von Arbeitnehmenden abschaffen, indem sie diese spaltet. Die Ausgrenzung bestimmter Gruppen ist jedoch nur der erste Schritt des Angriffs auf alle Werktätigen. Als Gewerkschaftsbewegung begegnen wir diesen Angriffen mit dem, was uns stark macht: Solidarität, kollektive Organisation und Mobilisierung sowie Kampf für eine gerechte Verteilung des Reichtums. Eine Spaltung der Arbeitnehmenden nach Herkunft, Nationalität oder Aufenthaltsstatus werden wir niemals akzeptieren. Alle, die in der Schweiz arbeiten, gehören der Klasse der Arbeitnehmenden an. Sie verdienen Schutz, Respekt und Anerkennung.

Für einen ökologischen und sozialen Wandel, der allen dient

Ja, es gibt Herausforderungen: überlastete Infrastruktur, Wohnungsnot, Umweltbelastungen. Doch die Ursachen für diese sind klar: Spekulation, Profitmaximierung und sozialpolitisches Versagen. Das bedeutet, dass diese Herausforderungen nicht durch Ausgrenzung bewältigt werden können. Was es braucht, sind politische Entscheide für massive Investitionen – in öffentlichen Verkehr, für bezahlbaren und ökologischen Wohnraum. Was es braucht, ist der Schutz fundamentaler Rechte (auch das Recht auf Familie) und einen gesellschaftlichen Wandel, der Mensch und Umwelt über Dividenden stellt.

Gemeinsam und mit Nachdruck bekräftigen wir an der Migrationskonferenz des SGB:

- unsere **entschiedene Ablehnung** der Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz», die ausländer- und arbeitnehmerfeindlich, unsozial und gefährlich für den sozialen Frieden ist;
- unser **Engagement für die Verteidigung** der EU-Personenfreizügigkeit und der flankierenden Massnahmen zum Schutz von Lohn- und Arbeitsbedingungen;
- unsere **Solidarität mit allen Arbeitnehmer:innen**, unabhängig vom Migrationsstatus;
- unseren **Willen zum geeinten Widerstand** und Kampf gegen rechte Projekte – für eine inklusive, gerechte und demokratische Gesellschaft.

Vereint, kämpferisch, solidarisch – wir lassen nicht zu, dass Nationalisten und ihre profitgierigen Unterstützer:innen die Zukunft der Arbeitswelt diktieren. Gemeinsam bauen wir eine Gesellschaft auf der Grundlage von Gerechtigkeit, Sicherheit und Würde.